

Beschluss des Landrats vom 08.06.2023

Nr. 2222

11. Nachhaltige Beschaffung als Chance für unsere KMUs 2023/100; Protokoll: md

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat nehme den Vorstoss als Postulat entgegen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Fredy Dinkel (Grüne) weist darauf hin, dass die Stellungnahme des Regierungsrats richtigerweise festhalte, dass nebst den gesetzlichen Regelungen schon heute verschiedene Dokumente vorhanden seien, welche genau in diese Richtung gehen. Trotzdem zeigt die Erfahrung, dass bei Ausschreibungen der Preis viel stärker gewichtet wird als andere Aspekte wie Nachhaltigkeit, Soziales oder Ökologie. Das führt oft zu Schwierigkeiten bei den KMU, weil sie auf Grund ihrer höheren Anforderungen nicht mithalten können. Es gibt also noch Luft nach oben. Es scheint sinnvoll, an der Motion festzuhalten, damit auch tatsächlich etwas geschieht. Dem Motionär geht es nicht um eine zu starre Reglementierung. Solche sind schlecht. Schliesslich bedarf es einer gewissen Flexibilität. Deshalb werden in der Motion anstatt eines Gesetzes mit fixen Vorgaben Richtlinien gefordert, welche eine Richtung vorgeben. Darüber hinaus können Richtlinien bei Bedarf auch angepasst werden. Auf der anderen Seite ist es tatsächlich so, dass das öffentliche Beschaffungswesen und die dazugehörigen Gesetze noch eher neu sind. Entsprechend gibt es noch nicht viel Erfahrung damit. Es ist durchaus nachvollziehbar, dass der Regierungsrat zuerst die bisherigen Erfahrungen prüfen und dann darüber berichten will. Ebenso positiv ist es, dass der Regierungsrat den Vorstoss nicht einfach abschreiben will. Dies wäre ein Argument, um den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Bevor Fredi Dinkel über die Umwandlung entscheidet, möchte er hören, was die Landratsmitglieder dazu meinen.

Markus Meier (SVP) sagt, die SVP-Fraktion teile die Ansicht, dass es auf Grund der kurzen Phase seit Inkraftsetzung der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) kaum Erfahrungswerte gebe. Die Überweisung als Postulat könnte also durchaus zweckmässig sein, damit eine entsprechende Berichterstattung gemacht werden kann. Zwei Anmerkungen zum Inhalt des Vorstosses: Ersten ist es unlogisch, die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Zuschlagskriterien bei öffentlichen Ausschreibungen zu verlangen. Es ist viel einfacher, solche Kriterien bei Direktvergaben oder im Einladungsverfahren gebührend zu berücksichtigen. Zweitens will die SVP-Fraktion in die Waagschale werfen, dass konkrete Produktdefinitionen und –vorgaben ein zweiseitiges Schwert darstellen. Nämlich dann, wenn der dynamische Anbietermarkt Innovationen bereithält, welche von den Bedarfsträgern unerkannt bleiben oder aus Gründen der bequemen Gewohnheit verschmäht werden. Nichtsdestotrotz unterstützt die SVP-Fraktion die Überweisung des Vorstosses als Postulat.

Franz Meyer (Die Mitte) hält fest, die Mitte/glp-Fraktion könne die Begründung des Regierungsrats und des Vorredners nachvollziehen. Deshalb unterstützt sie die Umwandlung in ein Postulat und Überweisung einstimmig.

Rolf Blatter (FDP) legt dar, dass die FDP-Fraktion eine andere Sichtweise habe. Bis dato gibt es Vergabekriterien für Investitionen durch die öffentliche Hand, welche primär technisch und wirtschaftlich sind. Selbstverständlich fliessen auch jetzt schon im Interesse des Investors und des Bauherrn Überlegungen zu Investitionskosten, Rentabilität und Nachhaltigkeit ein. Nun soll der Regierungsrat gemäss Vorstoss prüfen, ob neu soziale und ökologische Kriterien auch noch be-

rücksichtigt werden sollen. Konkrete Ideen, wie das aussehen soll oder könnte, sind aber nicht vorhanden. Das heisst, diese Kriterien, welche später für den Zuschlagsentscheid angewendet werden sollen, sind nicht klar. Weil sie nicht klar sind, könnte die zu Gerichtsfällen führen. Und wenn es so weit geht, dass ein Auftrag nur an einen Handwerker gehen darf, der in seiner Flotte nur E-Autos hat, dann wäre das falsch. Im Auftrag steht zwar auch, dass es eine Ausnahmeregelung geben soll. Falls für gewisse Güter oder Dienstleistungen diese Kriterien nicht angewendet werden können, sollen sie mit der entsprechenden Begründung auch weggelassen werden können. Das macht die Kriterien wertlos. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion die Idee sowohl als Motion als auch als Postulat ab.

Thomas Noack (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion die Überweisung sowohl als Motion als auch als Postulat unterstütze. Es ist eine grosse Herausforderung, solche Ausschreibungen durchzuführen. Deshalb wäre es eigentlich gut, wenn es auch Richtlinien gibt, welche die Anforderungen konkretisieren und auf die man sich abstützen kann. Nur zu prüfen und über die Erfahrungen zu berichten scheint deshalb etwas wenig. Aber selbstverständlich würde die SP-Fraktion den Vorstoss auch als Postulat überweisen. Für den Votanten unverständlich ist das Argument des Regierungsrats, dass das Anliegen schon im Keim erstickt werde, wenn Richtlinien ausgearbeitet würden. Dieser Zusammenhang ist nicht nachvollziehbar.

Fredy Dinkel (Grüne) denkt, es mache Sinn, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Es ist ein wichtiges Anliegen und es wäre schade, wenn es aufgrund der Form als Motion unterginge. Deshalb wandelt er es um. Es gibt auch die Möglichkeit, aus dem Bericht dann weitere Schritte abzuleiten.

://: Mit 68:12 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
